



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Mittwoch, 19. Juli 2023
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:33 Uhr
Sitzungsende öffentlicher Teil: 21:12 Uhr
Ort: Vereinsraum Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas	
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline	abwesend von 20:00 Uhr - 20:15 Uhr
Gemeinderat	Elbert Andreas	
Gemeinderätin	Glässel Marita B.	
Gemeinderat	Hofmann Reinhold	
Gemeinderat	Lang Johannes	
Gemeinderat	Mödl Maximilian	
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana	
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg	

Entschuldigt:

Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Günther Sven
Gemeinderat	Seefried Holger
Gemeinderat	Stoll Marcus

Sonstige Anwesende:

Berater	IVS-Ingenieurbüro für Bauwesen, XXXXXXXXXX	lfd. Nrn. 236 - 245 anwesend
Berater	TEAM 4 XXXXXXXXXXXXX XXXXXXX Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbH, XXXXXXX	lfd. Nrn. 246 - 260 anwesend

Schriftführer/-in:

GLBin	Heike Thoma
-------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.06.2023 (öffentlicher Teil)
03.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.05.2023 (Sondersitzung Windkraft)
04.	6. Änderung Flächennutzungsplan / Bebauungsplan "Lange Weide / Landstein"; Behandlung der Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BAuGB sowie Satzungsbeschluss
04.01	Stellungnahme Bund Naturschutz, Kreisgruppe Würzburg, E-Mail vom 30.03.2023
04.02	Stellungnahme Autobahn-GmbH des Bundes, Niederlassung Nordbayern, Außenstelle Würzburg, Schreiben vom 27.03.2023, eingegangen am 31.03.2023
04.03	Stellungnahme Staatliches Bauamt Würzburg, Schreiben vom 28.03.2023, eingegangen am 31.03.2023
04.04	Stellungnahme Main-Donau-Netzgesellschaft; N-Ergie Netz GmbH, E-Mail vom 31.03.2023
04.05	Stellungnahme Vodafone Kabel Deutschland GmbH, E-Mails vom 19.04.2023
04.06	Stellungnahme Regierung von Unterfranken, E-Mail vom 24.04.2023
04.07	Stellungnahme Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kitzingen-Würzburg, E-Mail vom 26.04.2023
04.08	Stellungnahme Landratsamt Würzburg, Schreiben vom 28.04.2023
04.09	Feststellungsbeschluss zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes; Beschluss des Bebauungsplanes "Lange Weide / Landstein" als Satzung
05.	5. Änderung Flächennutzungsplan / Bebauungsplan "Solarpark Theilheim"; Behandlung der Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Fassung des Auslegungsbeschlusses nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
05.01	Stellungnahme Regierung von Unterfranken, Schreiben vom 03.05.2023
05.02	Stellungnahme Regionaler Planungsverband Würzburg - Schreiben vom 03.05.2023
05.03	Stellungnahme Landratsamt Würzburg - Schreiben vom 12.05.2023
05.04	Stellungnahme Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege - Schreiben vom 04.05.2023
05.05	Stellungnahme Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schreiben vom 11.05.2023
05.06	Stellungnahme Die Autobahn GmbH des Bundes, Schreiben vom 05.05.2023
05.07	Stellungnahme N-ERGIE Netz GmbH, Schreiben vom 20.04.2023
05.08	Stellungnahme Bayernwerk Netz GmbH, Schreiben vom 28.04.2023
05.09	Stellungnahme TenneT TSO GmbH, Schreiben vom 26.04.2023
05.10	Stellungnahme PLEdoc GmbH, Schreiben vom 26.04.2023
05.11	Stellungnahme Deutsche Telekom Technik GmbH, Schreiben vom 08.05.2023
05.12	Stellungnahme Fernwasserversorgung Franken, Schreiben vom 06.04.2023
05.13	Stellungnahme Bayerischer Bauernverband, Schreiben vom 10.05.2023
05.14	Fassung des Billigungs- und Auslegungsbeschlusses nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

- 06.** KiTA Theilheim: Schnittstelle der Baumaßnahme zum Trägerverein (Definition der Kostengruppen 027 und 600) - zum Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2022, lfd. Nr. 283
- 07.** KiTA Theilheim: Fortschreibung der Kostenberechnung
- 08.** Gründung eines Zweckverbandes „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“
hier: Beschlussfassung über die Verbandssatzung
- 09.** Antrag auf (Wieder-) Einstieg in die Städtebauförderung - SPD Fraktion und PB
- 10.** Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 09.05.2023, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
- 11.** Informationen des Ersten Bürgermeisters
 - 11.01** Information: Genehmigung des Haushaltsplanes 2023
 - 11.02** Information: Sonderbudget Lehrerdienstgeräte
 - 11.03** Information: Sitzungstag & nächste Sitzungstermine
 - 11.04** Information: Versicherung für das Lastenfahrrad
 - 11.05** Sanierung Abwasserrinne Tannenweg abgeschlossen
 - 11.06** Teilergebnisse aus der Ortsbegehung mit Landrat Eberth am 13.07.2023
- 12.** Fragen aus dem Gemeinderat
 - 12.01** Fragen aus dem Gemeinderat: Zukunft der Städtebauförderung?

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:33 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 233	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Beschluss 1:

Bürgermeister Herpich stellt den Antrag, bei den TOPs 04 und 05, PV Freiflächenanlagen, die Beschlüsse zu den einzelnen Stellungnahmen zusammenzufassen und gemeinsam zu beschließen.

Die Protokollierung erfolgt einzeln pro Stellungnahme.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.06.2023 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 234	

Sachverhalt:

Hinweis: Die Niederschrift ist dieser Beschlussempfehlung bis zur Genehmigung durch den Gemeinderat im RIS als Anlage beigefügt, ebenso der Aktenvermerk zur Bürgerfragestunde.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 13.06.2023 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderatsmitglieder Ruf, Mödl und Gläßel enthalten sich der Stimme; sie waren in der Sitzung, deren Niederschrift zu genehmigen ist, nicht anwesend.

TOP 03.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.05.2023 (Sondersitzung Windkraft)
Lfd. Nr. 235	

Sachverhalt:

Hinweis: Die Niederschrift ist dieser Beschlussempfehlung bis zur Genehmigung durch den Gemeinderat im RIS als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 25.05.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderatsmitglied Elbert und Hofmann enthalten sich der Stimme; sie waren in der Sitzung, deren Niederschrift zu genehmigen ist, nicht anwesend.

TOP 04.	6. Änderung Flächennutzungsplan / Bebauungsplan "Lange Weide / Landstein"; Behandlung der Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BAuGB sowie Satzungsbeschluss
Lfd. Nr. 236	

Sachverhalt:

Hinsichtlich der Sachverhaltsdarstellung zur 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Theilheim sowie der Aufstellung des Bebauungsplanes „Lange Weide / Landstein“ wird auf die zusammenfassenden Erklärungen des Büros IVS aus Kronach vom 06.06.2023 hingewiesen. Diese sind als Anlage unter TOP 04.09 beigelegt.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die nachfolgend zu behandelnden Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange 04.01 bis 04.08 eingegangen. Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern erfolgten nicht.

Daneben wurden die aus der Auflistung Nrn. 9. bis 30. ersichtlichen Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden an dem Verfahren beteiligt. Diese haben gegen das Bauleitverfahren keine Einwände erhoben oder sich nicht geäußert.

III. Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden ohne Einwände

9.	Regierung von Mittelfranken, Luftamt Nordbayern, E-Mail vom 23. März 2023
10.	Fernwasserversorgung Franken, E-Mail vom 24. März 2023
11.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, E-Mail vom 24. März 2023
12.	PLEdoc GmbH, E-Mail vom 31. März 2023
13.	Regierung von Oberfranken, Bergamt Nordbayern, Bayreuth, Schreiben vom 31. März 2023, eingegangen am 05. April 2023
14.	Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Kompetenzteam Baurecht, E-Mail vom 12. April 2023
15.	TenneT TSO GmbH, E-Mail vom 12. April 2023
16.	Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken, E-Mail vom 11. April 2023

17.	Deutsche Telekom Technik GmbH, Würzburg, E-Mail vom 21. April 2023
18.	Bayernwerk Netz GmbH, Kundencenter Marktheidenfeld, Schreiben vom 24. April 2023
19.	Regionaler Planungsverband Region Würzburg, Schreiben vom 24. April 2023
20.	Markt Randersacker, E-Mail vom 28. April 2023
21.	Gemeinde Rottendorf, Schreiben vom 02. Mai 2023
22.	Gemeinde Gerbrunn, Beschluss vom 08. Mai 2023

IV. Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden ohne Äußerung

Alle Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurden im Schreiben vom 23. März 2023 gebeten, bis spätestens 28. April 2023 zu den Bauleitplanungen Stellung zu nehmen. Stillschweigend und nach Fristverlängerungen wurden noch Stellungnahmen berücksichtigt und in diese Abwägung eingearbeitet, die bis zum 12. Mai 2023 eingegangen sind. Nachdem auch dieser Termin ohne Stellungnahme seitens einzelner Stellen verstrichen ist, wird davon ausgegangen, dass die von diesen Beteiligten wahrzunehmenden öffentlichen Belange durch die Bauleitplanungen nicht berührt werden. Zur Vollständigkeit werden diese Stellen nachfolgend aufgeführt:

23.	Bayerischer Bauernverband, Hauptgeschäftsstelle Unterfranken
24.	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Referat Bauleitplanung, München
25.	Landratsamt Kitzingen
26.	Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg
27.	Licht- Kraft- und Wasserwerke mbH
28.	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Würzburg
29.	Landratsamt Kitzingen, Fachbereiche Kreisstraßen und Immissionsschutz
30.	Gemeinde Biebelried

Die nachfolgenden Stellungnahmen werden wie folgt durch die Gemeinde abgewägt; erster Bürgermeister Herpich erteilt XXXXXXXX das Wort:

TOP 04.01	Stellungnahme Bund Naturschutz, Kreisgruppe Würzburg, E-Mail vom 30.03.2023
Lfd. Nr. 237	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme des Bundes Naturschutz, Kreisgruppe Würzburg, vom 30.03.2023 zur Kenntnis. Die Erstmahd der Ausgleichsfläche A 1 wird auf den 08.08. des jeweiligen Jahres verschoben.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 04.02	Stellungnahme Autobahn-GmbH des Bundes, Niederlassung Nordbayern, Außenstelle Würzburg, Schreiben vom 27.03.2023, eingegangen am 31.03.2023
Lfd. Nr. 238	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen, eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

TOP 04.03	Stellungnahme Staatliches Bauamt Würzburg, Schreiben vom 28.03.2023, eingegangen am 31.03.2023
Lfd. Nr. 239	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen, eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

TOP 04.04	Stellungnahme Main-Donau-Netzgesellschaft; N-Ergie Netz GmbH, E-Mail vom 31.03.2023
Lfd. Nr. 240	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme der N-ERGIE Netz GmbH vom 31.03.2023 zur Kenntnis. Die vorgetragenen Belange werden vollumfänglich berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 04.05	Stellungnahme Vodafone Kabel Deutschland GmbH, E-Mails vom 19.04.2023
Lfd. Nr. 241	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme der Vodafone Kabel Deutschland GmbH vom 19.04.2023 zur Kenntnis. Die vorgetragenen Belange werden vollumfänglich berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 04.06	Stellungnahme Regierung von Unterfranken, E-Mail vom 24.04.2023
Lfd. Nr. 242	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat nimmt die landesplanerische Stellungnahme vom 24.04.2023 zur Kenntnis. Nach Abschluss des Verfahrens wird die rechtsverbindliche Fassung der Bauleitpläne auf digitalem Wege mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 04.07	Stellungnahme Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kitzingen-Würzburg, E-Mail vom 26.04.2023
Lfd. Nr. 243	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kitzingen-Würzburg vom 26.04.2023 zur Kenntnis.

Im Zuge der gerechten Abwägung wird der Nutzung erneuerbarer Energien i.S.d. § 1 Abs. 6 Nr. 7f BauGB Vorrang vor den Belangen der Landwirtschaft gem. § 1 Abs. 6 Nr. 8b BauGB eingeräumt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:**Änderung des Flächennutzungsplans:**

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme des Landratsamtes Würzburg vom 28.04.2023 in allen Belangen zur Kenntnis.

Bebauungsplan „Lange Weide / Landstein“

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme des Landratsamtes Würzburg vom 28.04.2023 in allen Belangen zur Kenntnis.

Zu 8.2.1 Bauplanungsrecht/Städtebau: Es wird kein vorhabenbezogener Bebauungsplan im Sinne von § 12 BauGB aufgestellt.

Zu 8.2.5 Denkmalschutz: Für die Umsetzung des Bebauungsplanes auf Fl.Nr. 5522 der Gemarkung Theilheim ist eine denkmalschutzrechtliche Erlaubnis erforderlich.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Sachverhalt:

Siehe Sachvortrag und Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 04 bis 04.08.

Als Anlage beigefügt sind:

- 6. Änderung des Flächennutzungsplanes, Stand 06.06.2023
- 6. Änderung des Flächennutzungsplanes, Begründung, Stand 06.06.2023
- Bebauungsplanentwurf „Lange Weide / Landstein“, Stand 06.06.2023
- Bebauungsplanentwurf, Begründung, Stand 06.06.2023
- Bericht zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) , Stand 01.05.2022
- Blendgutachten, Stand 24.09.2021

Beschluss 1:

1. Der Gemeinderat beschließt das Ergebnis der Abwägung unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Zwischenbeschlüsse.
2. Die Planunterlagen sind dahingehend zu überarbeiten, anzupassen und das weitere Verfahren ist durchzuführen.
3. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass im Zeitraum vom 27. März 2023 bis 28. April 2023 die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB stattfand und im selben Zeitraum die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt worden ist.
4. Es wird weiter festgestellt, dass die Planunterlagen entsprechend den geäußerten Einwendungen und Anregungen der Einwender und Behörden als Träger öffentlicher Belange im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB überarbeitet und soweit erforderlich auf der Grundlage der gefassten Zwischenbeschlüsse ergänzt werden bzw. bereits ergänzt worden sind.
5. Der Gemeinderat stellt die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren in der Fassung vom 06. Juni 2023 fest. Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß § 6 Abs. 1 BauGB die Genehmigung zu beantragen.
6. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan für das Gebiet „Lange Weide/Landstein“ in der Fassung vom 06. Juni 2023 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt das Verfahren normenkonform weiter abzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Erster Bürgermeister Herpich dankt XXXXXXXX und verabschiedet ihn.

TOP 05.	5. Änderung Flächennutzungsplan / Bebauungsplan "Solarpark Theilheim";
Lfd. Nr. 246	Behandlung der Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Fassung des Auslegungsbeschlusses nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 28.02.2023 folgende Beschlüsse gefasst:

1. *Mit der Planung und den Anlagen (5. Änderung des Flächennutzungsplans, Bebauungsplan „Solarpark Theilheim“, Begründung mit Umweltbericht, jeweils Planungsstand 15.11.2022) besteht seitens der Gemeinde Theilheim Einverständnis.*
2. *Der Gemeinderat beschließt zur 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Theilheim auf Grundlage des vorliegenden Änderungsentwurfs vom 15.11.2022 samt Begründung und Umweltbericht, ausgearbeitet durch das Büro TEAM 4 Bauernschmitt – Wehner aus Nürnberg, die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung, sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.*
3. *Der Gemeinderat beschließt zum Aufstellen eines Bebauungsplanes für das Sondergebiet Solarpark Theilheim“, Gemarkung Theilheim auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs vom 15.11.2022 samt Begründung und Umweltbericht, ausgearbeitet durch das Büro TEAM 4 Bauernschmitt – Wehner aus Nürnberg, die*

Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung, sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.

Abstimmung: 14:0

Die Verfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurden durchgeführt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange erfolgte im Zeitraum vom 20.03.2023 bis 20.04.2023.

Von Seiten der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Von folgenden Trägern öffentlicher Belange wurde keine Stellungnahme abgegeben:

- Regierung von Mittelfranken, Luftamt Nordbayern, Nürnberg
- Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg
- Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, München
- Bund Naturschutz in Bayern e.V., Würzburg
- Gemeinde Biebelried

Folgende Träger öffentlicher Belange haben keine Einwendungen:

- Regierung von Oberfranken, Bergamt Nordbayern, Bayreuth
- Staatliches Bauamt Würzburg
- Amt für Ländliche Entwicklung Würzburg
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Würzburg. Keine weitere Beteiligung mehr notwendig.
- Bundesamt für Infrastruktur u.a. der Bundeswehr, Bonn. Keine Beteiligung mehr notwendig, sofern sich im weiteren Verfahren keine Änderungen ergeben.
- Regierung von Mittelfranken, Luftamt Nordbayern, Nürnberg
- Vodafone GmbH / Kabel Deutschland, Nürnberg
- Licht-, Kraft- und Wasserwerke GmbH, Kitzingen
- Markt Randersacker
- Gemeinde Rottendorf
- Gemeinde Gerbrunn

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Anregungen zur Planung vorgebracht:

- Regierung von Unterfranken, Würzburg
- Regionaler Planungsverband Würzburg, Karlstadt
- Landratsamt Würzburg

- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, München
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kitzingen-Würzburg, Kitzingen
- Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Würzburg
- N-ERGIE Netz GmbH, Nürnberg
- Bayernwerk Netz GmbH, Bamberg
- TenneT TSO GmbH, Bayreuth
- PLEdoc GmbH, Essen
- Deutsche Telekom Technik GmbH, Würzburg
- Fernwasserversorgung Franken, Uffenheim
- Bayerischer Bauernverband, Würzburg

Anlagen zum Verfahren sind:

5. Änderung des Flächennutzungsplanes, Begründung, Stand 13.07.2023

5. Änderung des Flächennutzungsplanes, Plan, Stand 13.07.2023

Bebauungsplan Solarpark Theilheim, Begründung, Stand 13.07.2023

Bebauungsplan Solarpark Theilheim, Plan, Stand 13.07.2023

Blendgutachten, Stand 30.06.2023

Erster Bürgermeister Herpich erteilt XXXXXXXXX das Wort:

TOP 05.01	Stellungnahme Regierung von Unterfranken, Schreiben vom 03.05.2023
Lfd. Nr. 247	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:
Zu Vorbelastung

Die Zustimmung der Regierung von Unterfranken zum Anlagenstandortes aufgrund der Vorbelastung wird zur Kenntnis genommen

Natur- und Artenschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Untere Naturschutzbehörde wurde am Verfahren beteiligt. Diese hatte gegen das Vorhaben in der geplanten Form keine Einwände.

Landwirtschaft

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Standort geht für die landwirtschaftliche Produktion nicht verloren, sondern kann nach Ablauf der energetischen Nutzung wieder landwirtschaftlich genutzt werden. Ferner weisen die südlichen Flächen geringe Bodenwertzahlen auf und liegen entlang der Autobahn, insofern sind die Bodenwerte berücksichtigt. Weitere Flächen entlang der Autobahn (Richtung Osten) können aufgrund der Auflagen der Leitungsträger nicht beplant werden. Aufgrund der Einspeisesituation ist die geplante Größenordnung erforderlich. Die Flächen südlich der Autobahn sind hinsichtlich der Flächengröße (ca. 4,7 ha) nicht ausreichend und hinsichtlich der Exposition nicht optimal.

Das AELF wurde am Verfahren beteiligt.

Denkmalschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, das Landesamt für Denkmalpflege wurde am Verfahren beteiligt.

Hinweise

Die Hinweise wurden berücksichtigt, die Leitungsträger wurden am Verfahren beteiligt, mit dem Ergebnis, dass die Fläche unter der Stromleitung ausgespart bleibt (Fl.Nr. 2050 liegt nicht mehr innerhalb des Geltungsbereiches).

Eine Planänderung ist nicht erforderlich. Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.02	Stellungnahme Regionaler Planungsverband Würzburg - Schreiben vom
Lfd. Nr. 248	03.05.2023

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:
Zu Vorbelastung

Die Zustimmung des regionalen Planungsverbandes zur Wahl des Anlagenstandortes aufgrund der Vorbelastung wird zur Kenntnis genommen

Natur- und Artenschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Untere Naturschutzbehörde wurde am Verfahren beteiligt. Diese hatte gegen das Vorhaben in der geplanten Form keine Einwände.

Landwirtschaft

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Standort geht für die landwirtschaftliche Produktion nicht verloren, sondern kann nach Ablauf der energetischen Nutzung wieder landwirtschaftlich genutzt werden. Ferner weisen die südlichen Flächen geringe Bodenwertzahlen auf und liegen entlang der Autobahn, insofern sind die Bodenwerte berücksichtigt. Weitere Flächen entlang der Autobahn (Richtung Osten) können aufgrund der Auflagen der Leitungsträger nicht beplant werden. Aufgrund der Einspeisesituation ist die geplante Größenordnung erforderlich. Die Flächen südlich der Autobahn sind hinsichtlich der Flächengröße (4,7 ha) nicht ausreichend und hinsichtlich der Exposition nicht optimal.

Das AELF wurde am Verfahren beteiligt.

Denkmalschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, das Landesamt für Denkmalpflege wurde am Verfahren beteiligt.

Eine Planänderung ist nicht erforderlich. Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.03	Stellungnahme Landratsamt Würzburg - Schreiben vom 12.05.2023
Lfd. Nr. 249	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:
Flächennutzungsplan

Bauplanungsrecht/Städtebau

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und zwei Berichte im weiteren Verfahren zum Entwurf erstellt.

Wasserwirtschaft/Wasserrecht/Bodenschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, das anfallende Niederschlagswasser wird nicht gesammelt, sondern breitflächig über die aktive Bodenzone versickert.

Das Wasserwirtschaftsamt wurde am Verfahren beteiligt.

Änderungen an Gewässern und Gräben werden nicht vorgenommen.

Die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen – AwSV wird bei der Ausführung berücksichtigt.

Immissionsschutz

Die Hinweise zur möglichen Blendwirkung werden zur Kenntnis genommen und die vorgeschlagene Festsetzung im Bebauungsplan ergänzt:

„Die maximal mögliche astronomische Blenddauer darf an den relevanten Immissionsorten (gemäß den Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz – LAI – Stand 08.10.2012 – Anlage 2 Stand 03.11.2015) unter Berücksichtigung aller umliegenden Photovoltaikanlagen 30 Minuten am Tag und 30 Stunden pro Kalenderjahr nicht überschreiten.

Gegebenenfalls sind entsprechende Maßnahmen zur Einhaltung dieser Werte zu ergreifen. Diese umfassen: - Unterbindung der Sicht auf das Photovoltaikmodul in Form von Wällen oder blickdichtem Bewuchs in Höhe der Moduloberkante. - Optimierung von Modulaufstellung bzw. -ausrichtung oder -neigung. - Einsatz von Modulen mit geringem Reflexionsgrad“.

Durch ein Blendgutachten ist belegt, dass eine Blendwirkung auf Wohngebäude und Aufenthaltsräume ausgeschlossen werden kann.

Die Hinweise zur Berücksichtigung Elektrischer und magnetische Felder und Lärm wird in der Begründung ergänzt. Die Duldung landwirtschaftlicher Immissionen ist unter D 5 bereits enthalten.

Naturschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Denkmalschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wurde am Verfahren beteiligt.

Gesundheitsamt

Die Hinweise werden dankend zur Kenntnis genommen.

Kreisentwicklung

Die Hinweise werden dankend zur Kenntnis genommen.

Die Gemeinde Theilheim hält 5. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Solarpark Theilheim fest, mit:

- der Ergänzung eines eigenen Berichtes für die FNP – Änderung
- der Ergänzung der elektrischen und magnetischen Feldern und Lärm im Umweltbericht.

Bebauungsplan

Bauplanungsrecht/Städtebau

Die Hinweise zu Ziffer 2.1 werden berücksichtigt und eine Nutzungsschablone mit Angaben zur Grundfläche im Entwurf, der überbaubaren Fläche und der Flächen für die Nebenanlagen ergänzt.

Die Hinweise zu Ziffer C 1 werden in der Festsetzung berücksichtigt und in den Festsetzungen der Begriff „im Mittel“ gestrichen.

Die Hinweise zu Ziffer C 5 wird berücksichtigt und die Festsetzung unter C 5 ergänzt: eine Werbe-/Informationstafeln bis zu einer Gesamtflächengröße von 4 m² ist je Teilfläche zulässig

Die Hinweise zu Ziffer C 6 sind mit den Angaben in der Nutzungsschablone berücksichtigt.

Wasserwirtschaft/Wasserrecht/Bodenschutz

Auf den Abwägungsbeschluss, den die Gemeinde zum Flächennutzungsplanverfahren abgegeben hat, wird verwiesen (siehe oben).

Immissionsschutz

Auf den Abwägungsbeschluss, den die Gemeinde zum Flächennutzungsplanverfahren abgegeben hat, wird verwiesen (siehe oben).

Naturschutz

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt und die Vermeidungsmaßnahmen in der saP übernommen (soweit nicht schon im Bebauungsplan enthalten Vermeidungsmaßnahmen sind unter B 4.1, Verzicht auf Eingrünung siehe Planblatt, Ansaat mit autochthonem Saatgut ist unter B 4.2 bzw. CEF Flächen für Feldhamster und Feldlerche B 4.3 enthalten).

Denkmalschutz

Auf den Abwägungsbeschluss, den die Gemeinde zum Flächennutzungsplanverfahren abgegeben hat, wird verwiesen (siehe oben).

Gesundheitsamt

Auf den Abwägungsbeschluss, den die Gemeinde zum Flächennutzungsplanverfahren abgegeben hat, wird verwiesen (siehe oben).

Kreisentwicklung

Die Hinweise werden dankend zur Kenntnis genommen.

Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ fest, mit den Ergänzungen:

- Nutzungsstempel mit Angaben zur überbaubaren Grundfläche und den Flächen für die Nebenanlagen
- Änderung der Festsetzung unter C 1 (ohne den Begriff „im Mittel“)
- Ergänzung der Festsetzung C 5 (Werbe/Informationstafel pro Teilfläche)
- Ergänzung der Festsetzung zur Vermeidung von Blendwirkung
- Ergänzung der artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen
- der Ergänzung der elektrischen und magnetischen Feldern und Lärm im Umweltbericht.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.04	Stellungnahme Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege - Schreiben vom 04.05.2023
Lfd. Nr. 250	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Die Hinweise des Landesamtes für Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen und unter Hinweise D 2 ergänzt: im städtebaulichen Vertrag wird vereinbart, dass beim Rückbau der Anlage die Tiefenlockerung des Bodens dauerhaft ausgeschlossen wird.

Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest, mit der Ergänzung des Ausschlusses der Tiefenlockerung beim Rückbau der Anlage unter den Hinweisen D 2.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.05	Stellungnahme Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schreiben vom 11.05.2023
Lfd. Nr. 251	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Zu Flächen für die Landwirtschaft

Der Hinweis des AELF ist unter Hinweise D 4 bereits berücksichtigt, verbunden mit einer vertraglichen Regelung zwischen dem Vorhabensträger und der Gemeinde.

Zu Schutz des Mutterbodens

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen diese sind unter D 3 Bodenschutz mit Verweis auf die einschlägigen DIN -Normen zum Bodenschutz enthalten. Zufahrten werden nur bei den Einfahrten zu den Ackerlagen vorgenommen, Stellplätze werden keine errichtet.

Der Zustand des Bodens wird vor dem Bau und nach dem Rückbau erfasst, die Bodenuntersuchung wird unter Hinweise zum Bodenschutz ergänzt.

Ergänzt wird der Hinweis, dass die Funktionsfähigkeit der Dränagen aufrecht zu erhalten sind.

Die Verlegung der Kabel erfolgt innerhalb des Geltungsbereiches bzw. beim Anschluss an das öffentliche Netz entlang von Wegeseitenstreifen.

Emissionen von benachbarten landwirtschaftlichen Nutzflächen

Der Hinweis zu Emissionen wird zur Kenntnis genommen, dieser ist unter D 5 bereits enthalten.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Die Hinweise zur Überkompensation werden zur Kenntnis genommen, diese sind der Tatsache geschuldet, dass mit den Artenschutzmaßnahmen für den Feldhamster ein erhöhter Kompensationsaufwand besteht.

Die Ausgleichsflächen insbesondere die CEF-Flächen sind mit dem Eingriff durch das Vorhaben verknüpft. Wenn die Anlage zurückgebaut wird, sind die Aufrechterhaltung der Ausgleichsflächen nicht mehr erforderlich. Die Zuordnung eines Teils der Ausgleichsflächen über das Ökokonto der Gemeinde zu anderen Eingriffen, welche die Gemeinde oder Dritte verursachen, hätten zur Folge, dass diese Ausgleichsflächen möglicherweise auch nach Rückbau der PV-Anlage aufrechterhalten werden müssen. Da die Gemeinde nicht im Besitz der Ausgleichsflächen ist, entfällt die Aufnahme der für den Eingriff des Bauvorhabens hinaus erbrachten Ausgleichsflächen in das Ökokonto der Gemeinde.

Die Übernahme der Wertpunkte in das Ökokonto des Vorhabenträgers wird aufgegriffen, sofern die Laufzeiten der Anlagen und damit die Aufrechterhaltung der Kompensation identisch ist könnte die Flächen mit der „Überkompensation“ als Ausgleich herangezogen werden.

Landwirtschaftlicher Verkehr

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, außer bei der Anlieferung der Teile für die PV- Anlage besteht kein weiterer Verkehr für das Vorhaben. Der Zustand der Wege wird vor dem Bau erfasst, im städtebaulichen Vertrag wird geregelt, dass durch das Vorhaben beschädigte Wege auf Kosten des Vorhabenträgers instand gesetzt werden müssen.

Zusammenfassung

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, wie dargestellt, werden die Belange der Landwirtschaft berücksichtigt.

Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest, mit der Ergänzung unter D 3, dass die Funktionsfähigkeit der Dränagen aufrecht zu erhalten und das Bodenuntersuchungen vor dem Bau und nach dem Rückbau durchzuführen sind. Ferner werden nur die Ausgleichsflächen innerhalb des Geltungsbereiches erfasst, die für die Kompensation des Bebauungsplanes Solarpark Theilheim erforderlich sind. Die weiteren Flächen werden als CEF Flächen zwar angelegt jedoch dem Ökokonto des Betreibers zugeordnet für den Ausgleich durch weitere geplante PV-Anlagen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die bereits im Bebauungsplan dargestellte 40 m- Anbauverbotszone und die 100 m- Anbaubeschränkungszone wird in der Legende zum Bebauungsplan ergänzt und nachrichtlich in den Flächennutzungsplan in die Planzeichnung und Legende übernommen (Anmerkungen im FNP können keine Festsetzungen vorgenommen werden). Mit dem geplanten Sondergebiet wurde die 40 m Anbauverbotszone eingehalten. Unter der Festsetzung C 5 sind ein Schild an der Einfriedung mit 4 qm ohne Beleuchtung in einem Bereich festgesetzt, der von der Autobahn nicht einsehbar ist und 40 m Abstand zum Fahrbahnrand aufweist. Das Schild dient auch zu den erforderlichen Informationen zum Sondergebiet (Verhalten im Brandfall, Wartungshinweise etc.).

Unter Hinweise wird im Bebauungsplan mit Grünordnungsplan daher ergänzt, dass:

- Bauvorhaben in der Anbaubeschränkungszone der Genehmigung bzw. der Zustimmung durch das Fernstraßenbundesamt bedürfen.
- Photovoltaikanlagen so zu errichten sind, dass eine Blendwirkung auf die angrenzende BAB 7 ausgeschlossen ist

Die Hinweise zur Zulässigkeit von Vorhaben in der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone sowie die Hinweise zur Wahrung der Verkehrssicherheit bei der Errichtung von Zäunen und bei Pflanzung werden im Textteil der Begründung zum Bebauungsplan redaktionell ergänzt und soweit inhaltlich möglich in der Begründung des Flächennutzungsplanes sinnvoll dargestellt.

Der Hinweis auf die mögliche Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der 40 m Anbauverbotszone wird dankend zur Kenntnis genommen. Im vorliegenden Vorhaben werden die 40 m Abstand eingehalten.

Die genannten Bedingungen:

Zu 1.

Die gemeinsame Absteckung der Anbauverbotszone erfolgt im Rahmen der Ausführung.

Zu 2. und 8.

Die Duldung der Immissionen durch den Autobahnbetrieb wird unter Hinweise Nr. 6 ergänzt, der Begriff Reflexion wird noch ergänzt.

Zu 3.

Die Hinweise zur Haftung werden zur Kenntnis genommen.

Zu 4.

Ein Blendschutzgutachten wurde erstellt mit dem Ergebnis, dass aufgrund der Topographie und Lage des Vorhabens keine Blendwirkung auf Fahrzeugführer der BAB A 3 besteht.

Zu 5. und 6

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, eine Verlegung oder Änderung bestehender Wege ist nicht geplant.

Zu 7.

Die Hinweise werden bei der Ausführung berücksichtigt.

Zu. 8

Siehe zu 2.

Zu 9.

Siehe Punkt 4.

Zu 10.

Es erfolgt eine breitflächige Versickerung siehe Festsetzung unter B 4.5 eine Ableitung von Oberflächenwasser ist nicht geplant.

Zu 11.

Die Hinweise werden bei der Ausführung berücksichtigt.

Zu 12.

Die Hinweise zur Pflege von Gehölzen werden zur Kenntnis genommen.

Zu 13.

Die Hinweise werden bei der Ausführung berücksichtigt.

Zu 14.

Die Hinweise werden bei der Ausführung berücksichtigt.

Zu 15.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, die Anbauverbotszone wird eingehalten, in der Anbaubeschränkungszone bedürfen Bauvorhaben der Genehmigung bzw. der Zustimmung durch das Fernstraßenbundesamt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.07	Stellungnahme N-ERGIE Netz GmbH, Schreiben vom 20.04.2023
------------------	--

Lfd. Nr. 253

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.08	Stellungnahme Bayernwerk Netz GmbH, Schreiben vom 28.04.2023
------------------	---

Lfd. Nr. 254

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung berücksichtigt:

- das Flurstück 2050 mit dem Maststandort 59 und der 110 KV Leitung wird im Entwurf nicht mehr als Sondergebiet dargestellt. Der Mast ist somit wie bisher zugänglich, ein Wartungsweg ist nicht erforderlich.
- Die Leitungsschutzzone mit 27,5 m wird im Plan dargestellt.
- Zum Mast Nr. 59 wird ein Abstand von 20 m eingehalten, die Baugrenze wird entsprechend eingetragen.
- Die Zulassung von Nebenanlagen ist nur außerhalb der Schutzzone zulässig (Festsetzung B 2.2).
- Unter Hinweise Nr. 7 wird ergänzt

„Stromleitung

Innerhalb der Leitungsschutzzone der 110 KV-Leitung sind alle Bau- und sonstigen Maßnahmen der Bayernwerk Netz GmbH zur Stellungnahme vorzulegen. Die Arbeitshöhen sind mit den Bayernwerken vor Baubeginn abzustimmen. Im Bereich der Leitung sind keine Erdablagerungen oder sonstige Ablagerungen zulässig. Zäune sind aus isolierenden oder nichtleitenden Werkstoffen (z. B. kunststoffummantelter Maschendraht, Holz) aufzustellen. Pfeiler, Toranlagen und leitende Zäune sind zu erden. Schattenwurf durch Leitung und Masten sind zu dulden. Verschmutzungen über Leitungsseile und Masten (Vogelkot, Schneematsch) sind ebenso zu dulden, wie witterungsbedingte herabfallende Eisbrocken. “

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.09	Stellungnahme TenneT TSO GmbH, Schreiben vom 26.04.2023
Lfd. Nr. 255	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:

Die Hinweise der Tennet werden berücksichtigt und die 380 kV-Leitung sowie die Leitungszone dargestellt, die Leitungsschutzzone mit 50 m tangiert nicht das Vorhaben des geplanten Sondergebiets, somit auch nicht die Mastschutzzone mit 25 m.

Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest, mit der Aussparung der Fl.Nr. 2050, Gemarkung Theilheim aus dem Sondergebiet und der Darstellung der Leitungsschutzzone.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.10	Stellungnahme PLEdoc GmbH, Schreiben vom 26.04.2023
Lfd. Nr. 256	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:

Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Gasleitung tangiert den südlichen Bereich der Fl.Nr. 2049. Die Gasleitung mit Schutzzone von 4 m wird im Bebauungsplan ergänzt und bei Abgrenzung des Sondergebiets berücksichtigt. Modultische, Leitungen und Flächen für Bepflanzung und sonstige Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zur Eingrünung liegen außerhalb des Schutzzonenbereiches.

Unter Hinweise Nr. 8 wird ergänzt:

Vor Baubeginn ist eine örtliche Leitungskennzeichnung durch das Fachpersonal der Open Grid Europe GmbH durchzuführen. Der Schutzzonenbereich der Gasleitung ist von baulichen Anlagen einschließlich der Einfriedung freizuhalten und darf während des Baus nicht befahren oder als Lagerfläche in Anspruch genommen werden. Bei Leitungskreuzungen sind die Vorgaben der Open Grid Europe GmbH zu beachten (Höhenlage der Leitung über der Gasleitung, Führung der Leitung in Kabelschutzrohren).

Bei baulichen Anlagen innerhalb von 10 m zwischen Rohrleitungsaußenwand und äußerstem Punkt des Erdungssystem des Energieversorgungssystems ist eine Prüfung nach DIN EN 50522 (VDE 0101-2) Anhang L) vor Inbetriebnahme der PV-Anlage unter Beteiligung der OGE durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.11	Stellungnahme Deutsche Telekom Technik GmbH, Schreiben vom 08.05.2023
Lfd. Nr. 257	

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, die Leitung liegt außerhalb des Geltungsbereiches entlang des südlichen Weges.

Eine Planungsänderung ist nicht erforderlich. Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.12	Stellungnahme Fernwasserversorgung Franken, Schreiben vom 06.04.2023
------------------	---

Lfd. Nr. 258

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, die Leitungsträger im Gemeindegebiet wurden am Verfahren beteiligt.

Eine Planänderung ist nicht erforderlich. Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.13	Stellungnahme Bayerischer Bauernverband, Schreiben vom 10.05.2023
------------------	--

Lfd. Nr. 259

Sachverhalt:

Die Stellungnahme ist dem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss 1:

1.

Die Hinweise zu den Bodenzahlen werden zur Kenntnis genommen. Die Bodengüte der für die Freiflächen Photovoltaikanlage beanspruchten Flächen, entsprechen der Bodengüte der Ackerflächen in der Umgebung.

Die Flächen, die für die Freiflächen Photovoltaikanlage in Anspruch genommen werden, können weiterhin extensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Da keine Bodenversiegelung erfolgt und der Oberboden erhalten bleibt, sind die Flächen, wenn keine Energiegewinnung mehr auf den Flächen erfolgt nach dem Rückbau der Anlagen als landwirtschaftliche Fläche wieder nutzbar (siehe Festsetzung Rückbauverpflichtung unter Hinweise). Die landwirtschaftlichen Flächen gehen daher nicht verloren. Dass eine extensive Beweidung für den BBV keine landwirtschaftliche Nutzung im Sinne von Agri-PV ist, wird zur Kenntnis genommen.

Die Möglichkeit zur Nutzung einer Agri- PV wurde geprüft mit folgendem Ergebnis:

- Um eine landwirtschaftliche Nutzung unter den Modultischen zu ermöglichen, müssten bei den heutigen, in der Landwirtschaft genutzten Maschinen, die Modultische an der Unterkante bis auf über 4,0 m aufgeständert werden. Um die solare Nutzung und Pflege der Module zu minimieren, wäre die Oberkante der Modultisch dann bei ca. 7,0 m Höhe.

Die hohen Baukosten stehen in keinem Verhältnis zum Stromertrag, der in diesem Fall noch um ein Drittel geringer ausfällt. Eine Agro-Photovoltaik mit unterfahrbaren Modultischen wird aufgrund der sehr hohen Baukosten nicht weiterverfolgt.

- Bei Bifaziale Module ist eine ackerbauliche Nutzung massiv erschwert durch die starre Ausrichtung der Module. Beim Ausbringen von Pflanzenschutz mit der Feldspritze, bei der Ernte, bei der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen mit unterschiedlichen Anbaugeräten sind die Modulreihen ein Hindernis, ferner besteht eine Gefährdung der Module infolge von durch Bodenbearbeitung hochgeschleuderten Steine. Hier ist eine höhere Versicherung erforderlich. Als landwirtschaftliche Nutzung ist bei Verwendung bifazialer Module nur Grünland am sinnvollsten möglich. Der Ackerstatus würde dadurch verloren gehen. Mit bifazialen Modulen ist zudem der Energieertrag gegenüber der geplanten Photovoltaikanlage-Freiflächenanlage etwa um 2/3 geringer ($\Rightarrow 0,3 \text{ MWp/ha}$).

Die Hinweise des BBV zu den Vorgaben der Eingriffsermittlung und möglicher Kompensation werden zur Kenntnis genommen und geteilt. Letztlich ist die Kompensationsermittlung nach dem Schreiben des Bauministeriums vom 10.12.2021 auszurichten und hinsichtlich des Artenschutzes nach den Vorgaben des LFU vom 22.02.2023. Eine Überarbeitung der genannten aktuellen Schreiben durch ein Rundschreiben durch die Ministerien ist bisher nicht erfolgt.

Die Kompensationsberechnung des BBV wird zur Kenntnis genommen, zur richtigen Anwendung sei auf die o.g. Schreiben verwiesen. Das Planungsbüro hat die Vorgaben der Schreiben mit der vorliegenden Begründung richtig angewendet. Dass die Gemeinde Theilheim vom BBV aufgefordert wird den Bauleitfaden nicht anzuwenden wird zur Kenntnis genommen.

Die Ausführung des BBV zum Artenschutz werden zur Kenntnis genommen. Die Beurteilung der artenschutzrechtlichen Ausgleichsflächen obliegt den zuständigen Naturschutzbehörden. Aufgrund der Lage des Vorhabens in einem Lebensraum für Feldhamster ist ein Ausgleich von 50 % der für das Vorhaben in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Fläche erforderlich. Der Ausgleich für den Feldhamster dient auch gleichzeitig für den Ausgleich der Feldlerche und ist so lange bereit zu stellen, wie der Eingriff wirkt. Aufgrund des Artenschutzes ergeben sich die umfangreichen Kompensationsmaßnahmen. Die Maßnahmen zum Artenschutz für den Feldhamster sind deswegen erforderlich, weil die Art u.a. infolge der landwirtschaftlichen Nutzung vom Aussterben bedroht ist.

Die Festsetzung unter B 4.3 sieht keine Entwicklung von artenreichem Grünland vor, auf den Wortlaut der Festsetzung wird verwiesen.

Der Hinweis zur Rückbauverpflichtung ist bereits unter Hinweise D 4 enthalten.

2.

Eine Planungsänderung ist nicht erforderlich. Die Gemeinde Theilheim hält am Bebauungsplan mit Grünordnungsplan „Solarpark Theilheim“ sowie an der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich fest.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 05.14	Fassung des Billigungs- und Auslegungsbeschlusses nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
Lfd. Nr. 260	

Sachverhalt:

Die nächsten Verfahrensschritte der Bauleitplanung sind die öffentliche Auslegung der Planung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Öffentlichkeit) sowie das Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange).

Beschluss 1:

1. Der Gemeinderat beschließt das Ergebnis der Abwägung unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Zwischenbeschlüsse.
2. Die Planunterlagen sind dahingehend zu überarbeiten, anzupassen und das weitere Verfahren ist durchzuführen.
3. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass im Zeitraum vom 11.04.2023 bis 12.05.2023 die frühzeitige Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB stattfand und im selben Zeitraum die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt worden ist.
4. Es wird weiter festgestellt, dass die Planunterlagen entsprechend den geäußerten Einwendungen und Anregungen der Einwender und Behörden als Träger öffentlicher Belange im Verfahren nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB überarbeitet und soweit erforderlich auf der Grundlage der gefassten Zwischenbeschlüsse ergänzt werden bzw. bereits ergänzt worden sind.
5. Der Gemeinderat billigt auf dieser Grundlage den vom Büro TEAM 4 Bauernschmitt – Wehner aus Nürnberg gefertigten Entwurf der Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Theilheim“ sowie die 5. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren mit Planstand 13.07.2023 zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB.
6. Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschließt der Gemeinderat die öffentliche Auslegung der Planung durchzuführen und dabei alle für die Planung relevanten Unterlagen

öffentlich zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten und zu erläutern. Die genaue Auslegungsfrist ist mit dem Planungsbüro abzustimmen. Parallel ist das Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

7. Während der Auslegungsfrist können von jedermann Auskünfte über die Ziele und Zwecke der Planung verlangt und Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Da das Ergebnis der Behandlung der Stellungnahmen mitgeteilt wird, ist die Angabe der Anschrift des Verfassers zweckmäßig. In der gleichen Zeit werden Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden an dem Verfahren beteiligt und zur Stellungnahme angehört.
8. Die Verwaltung wird beauftragt das Verfahren normenkonform weiter abzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Erster Bürgermeister Herpich dankt XXXXXXXX und verabschiedet ihn.

Hinweis zur Protokollierung:

Durch das Gesetz zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 03.07.2023 werden auch die Verfahrensvorschriften zur Aufstellung von Bauleitplänen im BauGB tiefgreifend geändert, insbesondere die §§ 3, 4 und 4a BauGB. Bauleitplanverfahren, die vor Inkrafttreten der Gesetzesänderungen am 07.07.2023 förmlich eingeleitet worden sind, sind gemäß der allgemeinen Überleitungsvorschriften in § 233 Abs. 1 Satz 1 BauGB nach den bisher geltenden Rechtsvorschriften abzuschließen. Auch der neue § 245f BauGB enthält bezüglich der Änderungen in den §§ 3, 4 und 4a BauGB keine hiervon abweichende Regelung.

Die ergangene Beschlussempfehlung war damit inhaltlich richtig und wird in der Niederschrift unverändert weiter geführt.

Die Auskunft des XXXXXXXX zum Verfahren trifft damit für die 5. Änderung Flächennutzungsplan / Bebauungsplan "Solarpark Theilheim" nicht zu.

TOP 06.	KiTA Theilheim: Schnittstelle der Baumaßnahme zum Trägerverein (Definition der Kostengruppen 027 und 600) - zum Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2022, lfd. Nr. 283
Lfd. Nr. 261	

Sachverhalt:

Auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 13.09.2022, lfd. Nr. 283 zur Kostenschnittstelle zum Trägerverein zu den Kosten der Möblierung wird verwiesen, ebenso auf den Sachvortrag der vorbereitenden nichtöffentlichen Sitzung des Bauausschusses KiTA am 27.06.2023:

- Gemeinderat 13.09.2022:
<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/15829749/2532>
- Bauausschuss KiTA am 27.06.2023:
<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/27675852/3740>

Die Kostenschnittstelle zum Trägerverein St.-Johannes-Zweigverein war neu zu definieren; zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Gemeinderates am 13.09.2022 über diese Schnittstelle waren die Erläuterungen zur Kostenberechnung (hier insbesondere für die Kostengruppe 600 Ausstattung und Kunstwerke = Möblierung) nicht vorgelegen.

Diese Erläuterungen – die zugleich das vorläufige bepreiste LV darstellen und deshalb aufgrund der wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde nichtöffentlicher Natur sind - listen die konkret erforderlichen Ausstattungsinhalte auf und betreffen sowohl Kosten für mit dem Gebäude fest verbundenen Möbel als auch nicht mit dem Gebäude fest verbundenen Möbel.

Im Rahmen der Besprechungen im Sommer 2022 hatten sich die Gemeinde und der Trägerverein einvernehmlich darauf festgelegt, dass die Gemeinde alle Kosten für mit dem Gebäude fest verbundenen Möbel (z. B. Küchen, Garderoben) trägt, die übrigen Kosten der Kostengruppe 600 der Trägerverein.

Die Schnittstelle war daher neu zu konkretisieren.

Beschluss 1:

Die nachfolgende Empfehlung des Bauausschusses KiTA vom 27.06.2022, lfd. Nr. 060 wird zum Beschluss erhoben:

In Abweichung zum Beschluss vom 14.09.2022 wird die Schnittstelle der Baumaßnahme zum Trägerverein wie folgt fortgeschrieben:

a) Schnittstelle gemäß Beschluss vom 14.09.2022:

Kostengruppe	Brutto-Kosten	Kostenträger
Kostengruppe 027 Tischler / Einbaumöbel / Verkleidungen	84.633,40 EUR	Gemeinde
Kostengruppe 600 Ausstattung und Kunstwerke (= Möblierung)	348.717,60 EUR	St. Johannes-Zweigverein

b) Schnittstelle neu:

Die Gemeinde Theilheim trägt weiterhin die Kosten für Einbaumöbel (Kostengruppe 027 und neu anteilige Kosten für Einbaumöbel aus der Kostengruppe 600), damit alle Kosten für mit dem Gebäude fest verbundenen Möbel (z. B. Küchen, Garderoben).

Kosten für nicht mit dem Gebäude fest verbundene Möbel trägt der St. Johannes-Zweigverein.

Auf die konkretisierende **Anlage zum nichtöffentlichen Beschluss des Bauausschusses KiTA vom 27.06.2023, lfd. Nr. 061 wird verwiesen** (Datei „Kostenberechnung Ausstattung überarbeitet“).

Es ergibt sich folgende neue Kostenschnittstelle:

Kostengruppe	Brutto-Kosten	Kostenträger
Kostengruppe 027 Tischler / Einbaumöbel / Verkleidungen	84.633,40 EUR	Gemeinde
Gesamt 84.633,40 EUR		
Kostengruppe 600 Ausstattung und Kunstwerke (= Möblierung)	146.869,80 EUR	Gemeinde
Gesamt 348.717,60 EUR	201.847,80 EUR	St. Johannes-Zweigverein

Damit reduziert sich der Kostenanteil des Trägervereins von ursprünglich EUR 348.717,60 auf neu EUR 201.847,80 EUR.

Auf Wunsch des St.-Johannes-Zweigvereins wird in diesem Zusammenhang veröffentlicht, dass der Verein zur Finanzierung der Möblierung eine Rückstellung in den Jahren 2015 bis 2021 gebildet hat und sich der heute einvernehmlich festgelegte Kostenanteil für die Möblierung nicht zu Lasten der Kalkulation der Kindergartenbeiträge auswirkt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Sachverhalt:

Auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.07.2022, lfd. Nr. 266 und vom 13.09.2022, lfd. Nr. 283 zu den Kosten der Baumaßnahme wird verwiesen, ebenso auf den Sachvortrag der vorbereitenden Sitzung des Bauausschusses KiTA am 27.06.2023, lfd. Nr. 061:

- Gemeinderat: 12.07.2022:
<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/2853831/3269>
- Gemeinderat 13.09.2022:
<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/15829749/2532>.
- BA KiTA 27.06.2023: :
<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/27675852/3741>

Die Fachplanung ELEKTRO wurde aufgrund eines Planerwechsels fortgeschrieben; hier ergaben sich geänderte Kosten, die sich auf die Kostenfeststellung auswirken (siehe Anlage Datei „2023.06.13 Kostenfortschreibung 19.07.2023 (B&B / Änderungen Gemeinde - Kostenkontrolle (Fortschreibung Elektroplanung)“ zur nichtöffentlichen Sitzung des Bauausschusses KiTA vom 27.06.2023, lfd. Nr. 061).

Das Dokument „Kostenfeststellung“ beinhaltet auch die Kosten bepreister LVs und ist deshalb aufgrund der wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde nichtöffentlicher Natur.

Ohne Berücksichtigung der neuen Schnittstelle Möblierung ergibt sich folgende Kostendifferenz:

Kostenberechnung mit Anpassung Kostensteigerung Stand: 06/2022 / Beschluss vom Sept. 2022	Kostenberechnung fortgeschrieben (Fachplanung Elektro) Stand Juni 2023	Differenz
7.832.546,88 €	7.848.133,11 €	+ 15.586,23 €

Ebenso ergeben sich Änderungen an der Kostenfortschreibung aus dem vorhergehenden Beschluss zur Schnittstelle der Baumaßnahme zum Trägerverein.

Der Bauausschuss KiTA hat in der o. g. Sitzung am 27.06.2023 eine Beschlussempfehlung an den Gemeinderat gegeben.

Beschluss 1:

Die nachfolgende Empfehlung des Bauausschusses KiTA vom 27.06.2023, lfd. Nr. 061, wird zum Beschluss erhoben:

- a) Die Gemeinde Theilheim nimmt von der Kostenfortschreibung Kenntnis. Die Kostenberechnung wird damit neu festgestellt mit 8.016.134,13 EUR; die Beschlüsse vom 12.07.2022, lfd. Nr. 266 und vom 13.09.2022, lfd. Nr. 283 werden insoweit geändert.

Die Vorgabe an die Planungsbüros, dass im Hinblick auf die erheblichen Kostensteigerungen (Vergleich der Kostenberechnungen 2021 /2022 mit ursprünglich 6.108.285,59 EUR) nach wirtschaftlichen Lösungen zu suchen ist, wird unverändert aufrecht erhalten.

Auf die konkretisierende Anlage zum nichtöffentlichen Beschluss des Bauausschusses KiTA vom 27.06.2023, lfd. Nr. 062 wird verwiesen (Datei „2023.06.13 Kostenfortschreibung 19.07.2023 (B&B / Änderungen Gemeinde - Kostenkontrolle Fortschreibung Elektroplanung)“).

Es ergibt sich damit folgender neuer Finanzierungsplan (ohne Interim):

Gesamtkosten	8.016.134,13 €
4. SIP - 4. Sonderinvestitionsprogramm - (Regierung von Unterfranken)	379.000,00 €
Zuweisung nach Art. 10 FAG (Regierung von Unterfranken)	1.983.000,00 €
BEG (Bundesförderung für effiziente Gebäude) Kommunen Zuschuss 464 (KfW) - Neubau	443.450,00 €
BEG Kommunen Zuschuss 464 (KfW) - Sanierung	430.140,00 €
Kirchenanteil: Kostenbeteiligung Bistum	1.123.631,40 €
Gemeindeanteil	3.656.912,73 €

- b) Von einer Änderung des § 8 Abs. 3 Nr. 2 der Geschäftsordnung und des § 2 Abs. 3 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts ist im Hinblick auf die eher geringfügige Erhöhung der Kostenberechnung von 7.832.546,88 € auf 8.016.134,13 € vorläufig abzusehen, zumal nach der Kostenprognose aktuell mit Gesamtkosten in Höhe von 7.960.290,81 € zu rechnen ist.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

TOP 08.	Gründung eines Zweckverbandes „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“
Lfd. Nr. 263	hier: Beschlussfassung über die Verbandssatzung

Sachverhalt:

Die Gemeinde Theilheim hat in der Sitzung am 14.03.2023 (<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/25044295/2848>) im Grundsatz beschlossen, dem Zweckverband „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“ beizutreten und diesem die kommunale Verkehrsüberwachung mit folgendem Stundenumfang zu übertragen :

Jahr	ruhender Verkehr	fließender Verkehr
2024	10 Stunden / Monat	6 Stunden / Monat
2025	10 Stunden / Monat	6 Stunden / Monat

Der aktuelle Terminplan sieht vor, den Zweckverband zum 1. Oktober 2023 zu gründen. Da eine Aufgabenübertragung an den Zweckverband nur möglich ist, wenn keine laufenden Zweckvereinbarungen mehr bestehen, hat die Gemeinde Theilheim in der Sitzung am 09.05.2023 (<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/28223973/3594>) die einvernehmliche Aufhebung der bestehenden Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Gerbrunn zum 30. September 2023 beschlossen.

Das Landratsamt Würzburg hat mit Schreiben vom 01.06.2023 diese Aufhebung der Zweckvereinbarung rechtsaufsichtlich genehmigt.

Die Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften, die einen Grundsatzbeschluss zur Beteiligung am Zweckverband gefasst haben, können der beigefügten Anlage 1 entnommen werden.

Nach Art. 18 KommZG werden die Rechtsverhältnisse eines Zweckverbands durch eine von den Beteiligten zu vereinbarende Verbandssatzung geregelt. Der finale Satzungsentwurf, Stand: 11. Juli 2023 liegt nun vor (siehe Anlage 2).

Das Landratsamt Würzburg hat mit Mail vom 26.06.2023 den weiteren Ablauf skizziert:

- **Juli 2023:** Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken zur Beantragung von Fördermitteln für die interkommunale Zusammenarbeit
- **Bis Ende Juli 2023:** Beschlussfassung über Zweckverbandssatzung
- **Bis Ende August 2023:** Übermittlung aller Beschlüsse an den Markt Reichenberg und Satzungsunterzeichnung
- **Anfang September 2023:** Ladung zur konstituierenden Sitzung
- **Ende September 2023:** konstituierende Sitzung
- **Anfang Oktober 2023:** Ausschreibung Verbandsgeschäftsleitung
- **Ziel: 1. Januar 2024:** Beginn der Verkehrsüberwachung

Beschluss 1:

1. Die Gemeinde Theilheim schließt sich zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Straßenverkehrsgesetz (StVG), soweit diese nach § 88 Abs. 3 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) in der Zuständigkeit der Gemeinde Theilheim liegen, mit den weiteren beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften (siehe Anlage 1) gem. Art. 17 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) zum Zweckverband „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“ zusammen und beschließt hierzu die im Wortlaut als Anlage 2 beiliegende Verbandssatzung (Stand 11.07.2023). Die Anlage 2 ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die Gemeinde Theilheim beschließt den Markt Reichenberg als Bevollmächtigten für die Beantragung der rechtsaufsichtlichen Genehmigung der Verbandsatzung des Zweckverbandes „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“ festzulegen.
3. Die Änderung der Übertragung der Zuständigkeit auf den Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken, Giebelstadt, ab dem 01.10.2023 ist amtlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Sachverhalt:

Die Fraktion SPD und parteifreier Bürger, hat mit Antrag vom 19.01.2023 den Antrag an den Gemeinderat „Einstieg in die Städtebauförderung“ gestellt.

Die Behandlung dieses Antrags hat 1. Bürgermeister Herpich mit Hinweis auf einen ähnlich lautenden Beschluss vom 21.09.2021 und die Arbeitsüberlastung in Teilen der Verwaltung abgelehnt.

Der 3. Bgm. Endres hat daraufhin Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Kommunalaufsicht des Landkreises erhoben.

Mit Schreiben vom 03.07.2023 hat die Kommunalaufsicht. FB11 die Vorgehensweise des 1. Bürgermeisters in Teilen für rechtswidrig erklärt und auf eine Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung der nächstmöglichen Gemeinderatssitzung hingewiesen, um die bisherige Nichtbehandlung zu heilen.

Auf den erneuten Vortrag des Antrages wird verzichtet, da dieser bereits in der öffentlichen Sitzung vom 09.05.2023 vorgetragen wurde. Der Antrag selbst sowie der Beschlussbuchauszug der Sitzung vom 23.05.2023 liegen diesem TOP als Anlage bei.

Ergänzung am 19.07.2023:

Auf Anfrage von Herrn Endres hat das Landratsamt Würzburg sein Schreiben vom 07.07.2023 mit Mail vom 17.07.2023 ergänzt; diese ist als Anlage beigefügt.

Diskussionsverlauf:

Erster Bürgermeister Herpich gibt nachfolgend eine persönliche Stellungnahme ab:

„Ich muss hier auch nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung in der Dienstaufsichtsbeschwerde von Herrn Endres, vom 05.04.2023 auf unangemessene Weise verunglimpft und beleidigt wird:

„Die Gemeindeverwaltung setzt auf Veranlassung des 1. Bürgermeisters Beschlüsse des Gemeinderates wissentlich und willentlich nicht um.“

Dies entspricht nicht der Wahrheit. Ich erwarte hier eine offizielle Entschuldigung der Fraktion und des 3. Bürgermeisters gegenüber den Mitarbeitenden der Verwaltung.

Zu diesem Punkt hat die Kommunalaufsicht des Landkreises mitgeteilt:

„Da es somit dem Gemeinderat einerseits möglich war und ist, sich fortlaufend zum Stand der Umsetzung des Beschlusses vom 21.09.2020 zu informieren sowie insbesondere mit Anträgen – wie nunmehr mit Ihrem Antrag vom 17.01.2023 erfolgt - gegen ein „Ruhe“ der Umsetzung des Beschlusses vorzugehen, trägt auch der Gemeinderat insgesamt eine Mitverantwortung an der bisherigen Nicht-Umsetzung des Grundsatzbeschlusses vom 21.09.2020, so dass wir in Bezug auf den o. g. Beschwerdegrund keine Notwendigkeit für ein dienst- oder rechtsaufsichtliches Tätigwerden sehen.“

Zum zweiten Beschwerdepunkt „Anträge von Mitgliedern des Gemeinderates werden nicht in Sitzungen des Gemeinderates behandelt.“ gibt die Kommunalaufsicht dem Beschwerdeführer recht.

Ich habe hier einer Fehleinschätzung unterlegen, für die ich mich hiermit ausdrücklich beim Gemeinderat entschuldige.

Die Kommunalaufsicht hat darauf hingewiesen, „dass Ihr Antrag vom 17.01.2023 auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu nehmen wäre“. Dies ist hiermit geschehen.

Desweiteren weise ich darauf hin, dass ich nach wie vor der Meinung bin, dass wir diesen Beschluss bereits schon einmal, am 21.09.2020, nahezu wortgleich gefasst haben.

In meiner Stellungnahme zur Dienstaufsichtsbeschwerde von Herrn Endres, habe ich u.a. die angespannte Personalsituation im Rathaus angeführt. An dieser hat sich seit meiner Stellungnahme nichts geändert, bzw. diese hat sich sogar verschlechtert.“

Beschluss 1:

Das Gemeinderatsmitglied Gläbel stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag vom 17.01.2023 zu verlesen.

Abstimmungsergebnis: 3 : 6

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Antrag abgelehnt.

Gemeinderätin Gläbel weist darauf hin, dass der Antrag vom 17.01.2023 sich auf Termine bezieht, die nicht mehr einzuhalten sind.
Beispielsweise müssten in den Haushalt 2024 entsprechende finanzielle Mittel eingestellt werden.

Erster Bürgermeister Herpich weist darauf hin, dass der Haushalt 2023 bereits Mittel enthält.
GGfs. müsste die Fraktion SPD und PB einen neuen Antrag stellen.

Beschluss 2:

Das Gemeinderatsmitglied Gläbel stellt Antrag zur Geschäftsordnung für folgende Nrn. des Antrags vom 17.01.2023 neue Fristen wie folgt festzulegen, „um den Antrag auf die Zukunft zu münzen“:

	Ursprüngliche Frist	Neue Frist
Nr. 4	30.04.2023	31.01.2024
Nr. 6	31.12.2023	31.07.2024
Nr. 9	31.09.2024	30.04.2025

Abstimmungsergebnis: 5 : 4

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass der Antrag die Situation im Rathaus ignoriert.
Aus dem Gremium wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat insgesamt die Städtebauförderung anschieben wolle, Problem seien aber die gesetzten Fristen. GGfs. drohe bei Nichteinhaltung die nächste Dienstaufsichtsbeschwerde. Die Frage sei dann nur, gegen wen?

Beschluss 3:

Das Gemeinderatsmitglied Gläbel stellt Antrag zur Geschäftsordnung auf namentliche Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 : 4

Beschluss 4:

Dem Antrag der Fraktion SPD und parteifreier Bürger wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 1 : 8**Abstimmungsbemerkung:**

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Antrag abgelehnt.

Für:

Gemeinderätin Gläßel Marita B.

GEGEN:

Erster Bürgermeister Herpich Thomas

Zweite Bürgermeisterin Ruf Karoline

Gemeinderat Elbert Andreas

Gemeinderat Hofmann Reinhold

Gemeinderat Lang Johannes

Gemeinderat Mödl Maximilian

Gemeinderätin Schmitt Tatjana

Gemeinderat Dr. Sonnek Georg

TOP 10.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 09.05.2023, für die die
Lfd. Nr. 265	Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

In der nichtöffentlichen Sitzung am 09.05.2023 wurden keine Beschlüsse gefasst, die zu veröffentlichen sind.

TOP 11.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 266	

TOP 11.01	Information: Genehmigung des Haushaltsplanes 2023
Lfd. Nr. 267	

Sachverhalt:

Das Landratsamt Würzburg hat mit Schreiben vom 07.06.2023 mitgeteilt, dass der Haushaltsplan 2023 rechtsaufsichtlich geprüft und die Genehmigung für den Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen nach Art. 71 Abs. 2 GO erteilt.

Für die Kreisumlage 2023 stellt es sich wie folgt dar:

Haushaltsansatz: 1.000.000 €

Ausgaben lt. Kreisumlagebescheid: 1.067.175,88 €

Personalkosten 2023

Im Jahr 2023 wurden Personalkosten in Höhe von ca. 722.000 € im Haushaltsplan veranschlagt. Dies entspricht etwa 37 % der Kosten des Verwaltungshaushaltes.

Im Haushaltsplan wurde mit einer Erhöhung der Entgelte von 6 % gerechnet. Die Tarifierhöhung kommt erst zum 01.03.2024 zum Tragen. Im Jahr 2023 wird pro Vollzeitbeschäftigten ein Inflationsausgleich von 2.560 € gezahlt. Teilzeitbeschäftigte erhalten den Inflationsausgleich entsprechend anteilig gezahlt.

TOP 11.02	Information: Sonderbudget Lehrerdienstgeräte
Lfd. Nr. 268	

Sachverhalt:

Der Freistaat Bayern und der Bund haben über das Förderprogramm „Sonderbudget Lehrerdienstgeräte“ im Jahr 2021 Finanzmittel für die Beschaffung von Endgeräten für Lehrer (Dienstlaptops/Tablets) bereitgestellt. Das Programm wurde im Jahr 2022 nochmals aufgestockt.

Mit dem Förderprogramm sollen durch Investitionsmaßnahmen in die digitale Bildungsinfrastruktur die Arbeitsbedingungen der Lehrer/innen deutlich verbessert und den zugleich rechtlichen und technischen Problemen wirkungsvoll begegnet werden, die sich aus der Nutzung von Privatgeräten für dienstliche Aufgaben der Lehrkräfte ergeben.

Die Gemeinde Theilheim als Schulaufwandsträger hat aus dem Budget eine Bewilligung über 6.000 € erhalten.

Hiervon wurden fünf iPads und ein ThinkBook mit Zubehör für insgesamt 6187,70 € angeschafft.

TOP 11.03	Information: Sitzungstag & nächste Sitzungstermine
------------------	---

Lfd. Nr. 269

Sachverhalt:

Die nächste reguläre Gemeinderatssitzung findet voraussichtlich am Dienstag, den 12. September statt.

Generell bittet 1. Bürgermeister zu prüfen, ob eine dauerhafte Verlegung des Sitzungstages auf den Donnerstag in Frage kommen kann. Aus persönlichen Gründen gestaltet sich der derzeitige Dienstagstermin, ab dem 01.01.2024 für ihn schwierig.

Darüber wird in der nächsten Sitzung beraten.

TOP 11.04	Information: Versicherung für das Lastenfahrrad
------------------	--

Lfd. Nr. 270

Sachverhalt:

Für das E-Bike Lastenfahrrad konnte bei der Zurich Insurance plc eine Maschinen- und Kaskoversicherung von fahrbaren oder transportablen Geräten abgeschlossen werden.

Der Bruttobeitrag beläuft sich auf 94,72 € / Jahr.

TOP 11.05	Sanierung Abwasserrinne Tannenweg abgeschlossen
------------------	--

Lfd. Nr. 271

Sachverhalt:

Die Maßnahme wurde durch das staatliche Bauamt abgeschlossen; die Entwässerung ist gesichert.

TOP 11.06	Teilergebnisse aus der Ortsbegehung mit Landrat Eberth am 13.07.2023
------------------	---

Lfd. Nr. 272

Sachverhalt:

Folgende Punkte wurden angesprochen bzw. besichtigt:

- Kommunale Bedarfsfläche Neumühle (Feuerwehr)
- Sachstand Altes Feuerwehrgerätehaus
- Problem Fußgängerverkehr auf der Staatsstraße / Veränderungen der Biebelrieder Straße
- Personalsituation Rathaus
- Schule
- Bebauungsplan Reisgrube

- Ganztagsbetreuungsanspruch
- Baustelle KiTA

TOP 12.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 273	

TOP 12.01	Fragen aus dem Gemeinderat: Zukunft der Städtebauförderung?
Lfd. Nr. 274	

Sachverhalt:

Auf Nachfrage verweist Erster Bürgermeister Herpich auf alternative Möglichkeiten im Rahmen der Dorferneuerung; im Rahmen der Städtebauförderung waren Solitärprojekte bisher nicht möglich.

Die Gemeinde habe jetzt keinen Zeitdruck; denkbar sei ein Referat zur Städtebauförderung andernorts.

Aus dem Gremium kommt der Einwand, dass Städtebauförderung im Hinblick auf die Zuschusssituation wichtig sei; es brauche ein Gesamtkonzept statt mehrerer Einzelobjekte.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
GLBin